

Politik für „Anti-Windkraft-Taliban“?

Der Streit um einen geplanten Mindestabstand bei Windrädern verschärft sich. Vor allem Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) steht in der Kritik.

VON ANDREAS HOENIG

BERLIN (dpa) In der einst boomenden Windenergiebranche mit Zehntausenden Beschäftigten wächst wegen unklarer Perspektiven die Verunsicherung. Ein Treffen von Branchenvertretern mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Montagabend brachte keine konkreten Ergebnisse zum weiteren Ausbau.

In der Politik gewinnt der Streit um einen geplanten Mindestabstand von 1000 Metern von Windrädern zu Wohnsiedlungen an Schärfe. **Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer sagte am Dienstag: „Altmaier muss sich jetzt entscheiden, ob er Politik für die Anti-Windkraft-Taliban in seiner eigenen Partei macht“** oder ob er für die Arbeitsplätze in der Windbranche kämpft.

Der Ausbau der Windkraft an Land ist in diesem Jahr fast zum Erliegen gekommen. Hauptgründe sind lange Genehmigungsverfahren, zu wenig ausgewiesene Flächen und viele Klagen. Vor Ort ist der Bau von Windrädern oft heftig umstritten.



In der Politik tobt ein erbitterter Streit über die geplante Abstandsregelung beim Bau von Windrädern. FOTO: INGO WAGNER/DPA

Die Branche befürchtet nun, die Ausbaukrise könnte sich weiter verschärfen. Grund ist die Mindest-Abstandsregelung von 1000 Metern. Laut Entwurf aus dem Wirtschaftsressort sollen fünf nebeneinander stehende Häuser als Wohnsiedlung gelten. Länder sollen von den Vorgaben abweichen können. Bürgerinitiativen kritisierten den geplanten Mindestabstand als zu gering. **In einem offenen Brief an Altmaier schrieb die Initiative „Rettet Brandenburg“, die Lärm- und Infraschall-Emissionen der Windkraftan-**



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) verteidigt die geplante Abstandsregelung.
FOTO: SVEN BRAUN/DPA

lagen mit neuen Höhen von 250 bis 300 Meter machten viele Menschen und Tiere krank, wenn die Abstände nicht mindestens das zehnfache der Höhe betragen würden.

Altmaier verteidigte die Pläne der

Bundesregierung. Die Union und die SPD hätten gemeinsam beschlossen, Hindernisse für Genehmigungen von Windparks abzubauen. **Gleichzeitig müssten aber „auch die berechtigten Sorgen vieler Menschen“ ernst genommen werden, sagte der Minister im Deutschlandfunk. Viele Anwohner empfänden die Errichtung von Windrädern „als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität“.**

Unterstützung bekam er vom Wirtschaftsflügel der Union: Der Vorsitzende der Mittelstandsunion, Carsten **Linnemann** (CDU), sagte dem

Redaktionsnetzwerk Deutschland: **„Nicht Mindestabstände gefährden die Ziele der Energiewende, sondern die fehlende Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung.“**

Dagegen kritisierte **Greenpeace**-Klimaexperte Andree Böhring, **Altmaier werde „mehr und mehr zum Handlanger irrationaler Gegner von Energiewende und Klimaschutz“.** Krischer forderte einen Rettungsplan für die über 100 000 Arbeitsplätze in der Windbranche.

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, warf Altmaier auf Twitter vor, die Pläne bedeuteten den Ausstieg aus der Windenergie mit dramatischen Folgen für Jobs. **Altmaier widersprach dem. Er schrieb auf Twitter: „Indem wir die Sorgen von Millionen Bürgern ernst nehmen, schaffen wir Voraussetzungen dafür, dass wieder mehr Windparks genehmigt und gebaut werden können.“**

Die Vertreter der Windbranche forderten nach dem Treffen mit Altmaier ein „Signal des Aufbruchs“ von der Bundesregierung. Es brauche einen klaren Plan zum Abbau von Genehmigungshemmnissen, erklärten der Bundesverband Windenergie, die IG Metall und der Maschinenbauverband VDMA. Bund und Länder sollten kurzfristig Vereinbarungen in den drängenden Fragen von Genehmigungsbeschleunigung und Artenschutz auf den Weg bringen.

Gewerkschaft wirft MTD Fehler vor

SAARBRÜCKEN (nid) Die Gewerkschaft IG Metall hat den geplanten Stellenabbau beim US-amerikanischen Hersteller von Gartengeräten MTD kritisiert. „Dass jetzt ein erneuter Stellenabbau und die Schließung der Lager in Hornbach und Bübingen angekündigt wurde, ist ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen“, sagt Stefan Birk, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Saarbrücken. „Und auch jetzt fokussiert das Unternehmen Einsparungen beim Personal anstatt die Einnahmenseite in Form von Investitionen

und einer in die Zukunft gerichteten Produktstrategie zu stärken.“ Birk fordert das Unternehmen auf, mit sozialer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten zu handeln und ergebnisoffen in Gespräche mit Betriebsrat und IG Metall über ein tragendes Zukunftskonzept einzusteigen.

Die Geschichte des Unternehmens zeugt aus Sicht der IG Metall von dauerhaften unternehmerischen Fehlentscheidungen. Die wirtschaftliche Schiefelage sei nicht einzig mit den schwierigen Marktbedingungen begründbar, sondern

zeuge vor allem von Konzeptionslosigkeit, heißt es in einer Mitteilung der Gewerkschaft. „Die Veränderungen auf den Märkten, wie beispielsweise der Trend zu batteriebetriebenen Rasenmähern wurden entweder verschlafen oder nicht konsequent angegangen.“

MTD hat angekündigt, bis zu 195 Stellen in der Europazentrale in Saarbrücken-Bübingen mit dem Lager im rheinland-pfälzischen Hornbach zu streichen. MTD begründete die Pläne mit einer gesunkenen Nachfrage nach Geräten mit Benzinmotor.

Online-Käufer warten mit Zahlung oft bis zur Mahnung

BERLIN (dpa) Sie kaufen mit einem Klick, mit dem Bezahlen haben es viele dann aber nicht so eilig – dieses Bild zeichnet die Inkasso-Wirtschaft von den Online-Käufern in Deutschland. Für das kommende Jahr erwarten die Unternehmen erstmals seit zehn Jahren eine schlechtere Zahlungsmoral. Dabei gehe es den Verbrauchern finanziell gut, sagte Kirsten Pedd, die Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen, am

Dienstag in Berlin. Oft seien Kunden aber Details und Verträge nicht so wichtig, sie warteten einfach auf die Mahnung. „Das ist eher ein gesellschaftliches Problem nach dem Motto „Mir wird schon nichts passieren“, sagte Pedd.

Wie aus einer Branchenumfrage hervorgeht, klagt besonders der Online- und Versandhandel über Probleme mit säumigen Kunden, es folgen Energieversorger, Vermieter und Handwerker.

SCHADENERSATZ Prevent verklagt VW auf 750 Millionen Dollar

DETROIT/WOLFSBURG (dpa) Eine Millionenklage in den USA facht den seit langem schwelenden Streit zwischen Volkswagen und dem Zulieferer Prevent einmal mehr neu an. Prevent wirft dem Autobauer unter anderem Verstöße gegen das Kartellrecht vor und verlangt 750 Millionen US-Dollar Schadenersatz (rund 678 Millionen Euro). VW habe mit wettbewerbswidrigen Maßnahmen verhindert, dass kleinere Zulieferbetriebe in den USA von größeren wie Prevent übernommen werden, hieß es in einer Mitteilung zu der am Montag an einem Bundesgericht im US-Staat Michigan eingereichten Klage. Damit habe der Konzern die Firmen klein und seine eigene Marktmacht möglichst groß halten wollen. Volkswagen wies die Vorwürfe am Dienstag zurück.

ZUKUNFTSWERKSTATT Transformation der Automobilindustrie

KIRKEL (red) Mit dem Thema „Transformation der saarländischen Automobilindustrie“ wird sich die Zukunftswerkstatt der Arbeitskammer am heutigen Mittwoch beschäftigen. Im Anschluss werden ab 16 Uhr im Bildungszentrum Kirkel der Arbeitskammer (Am Tannenwald 1) die Ergebnisse dieser Konferenz präsentiert und diskutiert. Die Teilnahme ist kostenlos. www.arbeitskammer.de/automotive

HEIZÖLPREISE IM SAARLAND		
Preis in Euro pro 100 Liter*	von	bis
Bei Abnahme von 500 Litern	78,54	83,42
1000 Litern	72,47	74,97
3000 Litern	65,93	67,53
5000 Litern	65,33	66,28

*inkl. Mehrwertsteuer, Stand: 19.11.2019
SZ-INFOGRAFIK/MIC, QUELLE: SZ-UMFRAGE

Produktion dieser Seite:
Nina Droker
Iris Neu-Michalik
Politik/Nachrichten/Wirtschaft
Telefon: (06 81) 5 02 22 12
Fax: (06 81) 5 02 22 99
E-Mail: politik@sz-sb.de
wirtschaft@sz-sb.de
Team Politik/Nachrichten/Wirtschaft:
Ulrich Brenner (lrb, Leiter), Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt, stellv. Leiter), Fatima Abbas (faa), Gerrit Dauelsberg (gda), Nina Droker (nid), Manuel Götz (go), Iris Neu-Michalik (ine), Frauke Scholl (kes), David Seel (dns), Thomas Sponticcia (ts)

Wirtschaft & Handel

STEUERBERATER IN IHRER NÄHE

Empfehlenswerte Unternehmen aus der Region

Buchhaltung: So geht es einfacher

Wer in Sachen Buchhaltung auf Nummer sicher gehen will, wendet sich an einen Steuerberater. Die Experten in der Region bieten einen „Rundum-Service“ über die sogenannte Mandantenbuchhaltung an.

Sorglos, stressfrei und rechtlich abgesichert: So kann Finanzbuchhaltung sein, wenn man einen Steuerberater der Region beauftragt. Im Rahmen

der Mandantenbuchhaltung kümmert sich der Steuerberater um sämtliche finanziellen Vorgänge: Er verwaltet offene Posten und das Mahnwesen, er wickelt die Lohn- und Ge-

haltsbuchhaltung sowie den Zahlungsverkehr ab. Weitere Aufgaben sind die fortlaufende Anlagenbuchhaltung, Auswertungen aus dem Bereich der Betriebswirtschaft und die Umsatzsteuervoranmeldung. Die Buchhaltung in die Hände eines Steuerberaters zu legen, bringt viele Vorteile mit sich. In diesem Bereich führen bereits kleine, sich wiederholende Fehler zu erheblichen Nachzahlungen oder zum Verlust von Steuererstattungen, diese weiß ein Steuerberater zu vermeiden. Die steuerlichen Form- und Buchungs-

vorschriften werden beachtet, so daß Formfehler bei der Verbuchung nicht zu Steuernachoder -mehrzahlungen führen können. Der Steuerberater kontrolliert regelmäßig die betriebswirtschaftlichen Auswertungen und weist auf Handlungsbedarf in steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht hin. So hat man immer einen aktuell informierten qualifizierten Experten an der Seite. Zudem wird der Mandant von der Überwachung der Termine entlastet und vermeidet Säumnis- und Verspätungszuschläge.

Aktuelle Fristen

Innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres sollten Unternehmen ihren Jahresabschluss und die dazu gehörige Steuererklärung erstellen. Kleinst- und kleine Kapitalgesellschaften haben etwa mehr Zeit: maximal sechs Monate.

Seit 2019 gilt außerdem eine verlängerte Frist für die Steuerbilanz – bis zum 31. Juli hat man Zeit für die Abgabe. Wird der Jahresabschluss von einem Steuerberater erstellt, dann kann man eine Fristverlängerung bis zum 28./29. Februar des Folgejahres beantragen.

Jörg Jacobi Steuerberater
Hauptstraße 26
66798 Wallerfangen
Tel. 0 68 31-64 55 41-0
Fax. 0 68 31-64 55 41-20
E-Mail: info@steuerberater-jacobi.com

STLU
Steuerberatung Deutschland Luxemburg
www.stlu.de www.stlu.lu
Tel.: 06831-9667990 00352-26664708

SZ MEDIEN KOMPETENZ
Steuerberater in Ihrer Nähe
Information und Buchung unter:
Saarbrücker Zeitung
Verlag und Druckerei GmbH
Telefon: (06 81) 502 32 68
E-Mail: anzeigen-sz@sz-sb.de

ST STEUERBERATUNGS-GESELLSCHAFT mbH
Sulzbachtalstr. 131 - 66125 Saarbrücken
Tel.: 06897-90090 www.st-steuern.de
Erb-schaftsbesteuerung Erben - Vererben - Nachfolge

Lohnsteuerverbund e. V. – Lohnsteuerhilfeverein
Einkommensteuererklärung/dann Prüfung des Steuerbescheids/Beratung
Rechtsanwältin Regentrop
Kaiser-Friedrich-Ring 24, Saarlouis
Telefon: 0 68 31-7 06 37 22

Weitere Adressen zu **STEUERBERATERN** finden Sie auch:
• unter www.blaue-branchen.de
• in den **BLAUEN** Telefonbüchern
TELEMEDIA
Saarbrücker Zeitung